

DEBATTE

CHRISTIAN FLECK
über den Universitätszugang
nach sozialen Schichten



Erhöht die Studiengebühren?

Es ist eines, sich über gebrochene Versprechen zu empören und etwas anderes, ob das, was einem versprochen wurde, auch sinnvoll ist. Über die Frage, wie man die Glaubwürdigkeit der SPÖ wiederherstellen kann, grübeln wohl schon die Mitglieder von Gusenbauers Küchenkabinett und seine Spin-Doktoren kramen in den Notfallkoffern nach Wundermitteln.

Dass vom Bundespräsidenten abwärts die Hälfte der politischen Klasse Österreich es begrüßt hätte, wenn die Studienbeiträge abgeschafft worden wären, ehrt sie, kann aber nicht unwidersprochen bleiben. Zugunsten der Abschaffung der den Studenten abverlangten Eintrittsgelder in die überfüllten Hörsäle der heimischen Universitäten wird ins Treffen geführt, dass nur so Kinder aus weniger betuchten Familien nicht ausgeschlossen würden. Ob sich seit der Einführung der Studienbeiträge im Herbst 2001 die soziale Zusammensetzung der Studierenden verändert hat, ist allerdings eine offene Frage. Wissenschaftsminister Hahn wäre gut beraten, vor Einsetzung irgendeiner Kommission zuerst einmal die Fakten erheben und analysieren zu lassen.

Wahr ist jedenfalls, dass in den drei Jahrzehnten, in denen keine Studiengebühren zu bezahlen waren, die Zahl der Studierenden aus so genannten bildungsfernen Schichten kaum zunahm. Daraus kann man nur einen Schluss ziehen: Es bedarf mehr als nur des formal freien Zugangs zur Universität, um Kindern aus bildungsfernen

Schichten den Zugang zu höherer Bildung zu ermöglichen!

Der beste Weg, um allen Interessierten den Weg zu einem Universitätsstudium zu öffnen, wäre die drastische Erhöhung der Studiengebühren und die Einführung eines sinnvollen Studienfinanzierungsmodells.

Eine Erhöhung würde den Universitäten mehr Mittel zur Verfügung stellen und würde – eine Zweckwidmung vorausgesetzt – die Verhandlungsmacht der Studierenden gegenüber den Universitäten verbessern. Wer (ordentlich) bezahlt, hat mehr Einfluss auf das, was ihm geboten wird. Die Universitäten

DIE THESE

Wer bezahlt, hat mehr Einfluss auf das, was ihm dafür geboten wird.

wären gezwungen, dem Erfolg ihrer Absolventen am Arbeitsmarkt mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Jene sozialen Schichten, deren Kinder bislang am meisten vom nahezu freien Zugang zu den Universitäten profitiert haben, würden einen größeren Beitrag leisten.

Beispiele sinnvoller Studienfinanzierung gibt es im Ausland mehr als genug. Staatliche Studienkredite, die man erst nach Aufnahme einer Berufstätigkeit, die die Rückzahlung ermöglicht, zurückzahlen muss, sollten großzügig gewährt werden. Die finanzielle Leistungsfähigkeit der Eltern könnte berücksichtigt werden.

Dass die neue Regierung eine an sich sinnvoll Idee – soziales Engagement von Studierenden zu „belohnen“ – derart ungeschickt präsentiert hat, dass sie auf absehbare Zeit wohl nicht wiederbelebt werden wird können, steht auf einem anderen Blatt.

Christian Fleck lehrt Soziologie an der Universität Graz

Universitäten wollen Zugang beschränken

Die Debatte über die Studiengebühren reißt nicht ab. Die Rektoren wollen auch über den Hochschulzugang und die Stipendien reden.

REDEN SIE MIT!

Die Kleine Zeitung lädt zur Podiumsdiskussion über Studiengebühren. Mit dabei: Josef Broukal (SP), Kristina Edlinger (VP), Fadi Sinno (ÖH). Donnerstag, 18. Jänner 2007, ab 19 Uhr im Hörsaal A der Universität Graz.

ERNST SITTINGER

Die Ankündigung Alfred Gusenbauers, neben seinem Job als Kanzler auch Nachhilfeunterricht zu erteilen (siehe Seiten 2/3), hat die Debatte über die Studiengebühren nicht beruhigt. An den Universitäten mehren sich Stimmen, die über das Gesamtsystem der Uni-Finanzierung und des Uni-Zugangs reden wollen.

Einer der Vorreiter ist der Grazer Uni-Rektor Alfred Gutschelhofer: „Wir brauchen ein neues System der Studienplatz-Bewirtschaftung“, sagt er im Gespräch mit



Gutschelhofer will „über alles reden“ SOMMER

der *Kleinen Zeitung*. Konkret würde dies bedeuten, dass es an den Universitäten – ähnlich wie derzeit an den Fachhochschulen (FH) – künftig eine limitierte Zahl von Studienplätzen je Fachrichtung gibt. Damit wäre aber auch das System des freien Hochschulzugangs in Frage gestellt. Gutschelhofer: „Unis und Fachhochschulen sollen vergleichbare Verhältnisse bieten. Es geht nicht, dass die Universitäten 56 Prozent aller Maturanten aufnehmen, damit alle anderen Hochschulen auf Qualität machen können.“ Deshalb solle man nicht isoliert über die Studiengebüh-

ren reden, sondern über das Gesamtsystem Universität: „Dazu gehören die Gebühren, die Gegenleistung der Unis, die Frage des Zugangs und der Studiendauer sowie auch ein ausgeweitetes Stipendienmodell. Wenn es das alles gibt, dann sind Studiengebühren auch künftig für mich darstellbar“, sagt der Grazer Uni-Rektor.

Schon im letzten September hatten die Chefs der Rektorenkonferenz, Christoph Badelt und Manfred Gantner, die Einführung der Studienplatzbewirtschaftung samt Zugangsbeschränkung verlangt. Die Uni und die FH benötigten „gleich lange Spieße“, so Gantner damals. Gutschelhofer: „Über die isolierte Studiengebühren-Debatte sind die Rektoren jedenfalls nicht glücklich.“

Auf politischer Ebene gärt es weiterhin in allen Lagern. Vertreter der Österreichischen Hochschülerschaft (ÖH) wurden am Dienstag vom Portier des Parlamentsgebäudes abgefangen und durften nicht bei der Regierungserklärung zuhören, weil sie eine Protestaktion geplant hatten. Mit bedruckten T-Shirts wollte man Alfred Gusenbauer die Buchstaben „PFUI“ kamerawirksam entgegenhalten. Dazu kam es dann